AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 08.06.2026 | K.-P. Ludwig

Krieg der Sterne

Der Weltraum wird zur geopolitischen Schlüsselarena des 21. Jahrhunderts. Europa droht mal wieder die Rolle des moralisierenden Zuschauers.

In der ersten Junihälfte will Elon Musk mit SpaceX an die Börse gehen. Mit einer erwarteten Bewertung von bis zu zwei Billionen US-Dollar könnte sein Raumfahrtunternehmen zu den wertvollsten Konzernen der Welt gehören. Zudem verdichten sich Gerüchte über eine spätere Fusion mit Tesla, die ein Firmenimperium von bislang ungekanntem Ausmaß schaffen könnte. Das Spektakel an der Wall Street markiert die endgültige Demontage einer romantischen Illusion: Der Weltraum, der lange als friedvolle Domäne von Wissenschaft, Forschung und eines „großen Menschheitstraums“ galt, ist jetzt Schauplatz wirtschaftlicher, technologischer und geopolitischer Machtspiele um eine neue Weltordnung.

Washington demonstriert der Welt gerade, wie man sich die Gestaltung dieser Ordnung im 21. Jahrhundert vorstellt: nicht mehr durch langwierige Vereinbarungen auf der Ebene internationaler Organisationen, sondern durch die nationale Verknüpfung von entfesseltem Tech-Kapitalismus und militärischer Schlagkraft und durch deren rücksichtslosen Einsatz zur Durchsetzung eigener Interessen. Die USA stützen ihre geopolitische Vorherrschaft im Wettlauf mit China bewusst auf Großkonzerne, die im staatlichen Auftrag unter anderem orbitale Infrastrukturen als logistisches, informationelles und militärisches Rückgrat moderner Staatlichkeit schaffen sollen. Wir sehen uns aktuell daher einer „Unordnung“ gegenüber, die sich aber zunehmend von der Unipolarität der vergangenen Jahrzehnte zu einer lockeren Multipolarität entwickelt.

Derweil steckt Europa in einem strukturellen Dilemma. Der Kontinent hat die strategische Bedeutung des Orbits zwar erkannt, verfügt jedoch nur begrenzt über die politischen und industriellen Voraussetzungen, um daraus Handlungsfähigkeit abzuleiten. Einig in der Zielsetzung versuchen Brüssel, Berlin und Paris leidenschaftlich ihre eigenen Konzepte durchzusetzen. Sie debattieren und generieren Prosa, während anderswo Fakten geschaffen werden.

Europa tut sich schwer damit, das All nicht nur als Bühne für Wirtschaft (Kommunikations-, Navigations- und Erdbeobachtungsdienste) und Kultur (Wissenschaft, Forschung und Bildung) zu begreifen, sondern auch als „Theater“ für politische und militärische Machtspiele. Wenn die Internationale Raumstation am Ende der Dekade aus dem Orbit verschwindet, endet auch die letzte friedliche Kooperation zwischen den USA und Russland. Den Weltraum werden zukünftig wohl eher gnadenloser Wettbewerb, strategische Konkurrenz und physische Überfüllung prägen.

Trotzdem ist und bleibt er wohl das Fundament und die Achillesferse aller modernen Gesellschaften. Satellitensysteme koordinieren den internationalen Zahlungsverkehr, steuern Lieferketten, synchronisieren Stromnetze und sichern das Wachstum globaler Telekommunikation. Die Abhängigkeit moderner Volkswirtschaften von dieser Infrastruktur ist so total, dass ihr Ausfall innerhalb kürzester Zeit den Absturz in präindustrielle Zustände auslösen könnte. Angesichts der zunehmenden Erschütterungen der internationalen Ordnung erscheint ein solches Szenario nicht mehr bloß als dystopisches Feuilleton, sondern als reales Risiko. Folgerichtig behandeln Staaten ihre orbitalen Systeme inzwischen als kritische Infrastruktur, zumal ihre militärische Bedeutung massiv anwächst: Streitkräfte ohne weltraumgestützte Kommunikation, Aufklärung und Navigation sind operativ blind. Wer den Orbit kontrolliert, diktiert die Bedingungen des Lebens – und des Sterbens – auf der Erde.

Der Weltraum ist schon jetzt zur umkämpften Front im Ringen um technologische, militärische und politische Führung geworden.

Die Struktur dieser – um die Dimension Kosmos erweiterten – Weltordnung ist Gegenstand intensiver theoretischer Debatten. Eine Tendenz zeigt dabei in Richtung einer lockeren Multipolarität, in der neben den beiden systemischen Hauptrivalen China und USA weitere Gravitationszentren agieren. Indien hat sich etwa durch hochpräzise, erstaunlich kosteneffiziente Eigenentwicklungen und erprobte Antisatelliten-Fähigkeiten zu einem orbitalen Schwergewicht emanzipiert, das sich weigert, als bloßer Juniorpartner anderer Machtpole zu agieren. Gleichzeitig drängen auch die Golfstaaten und Brasilien in den Orbit und bremsen damit den klassischen Duopol China und USA vorerst aus. Der Weltraum ist schon jetzt zur umkämpften Front im Ringen um technologische, militärische und politische

Besonders deutlich zeigt sich dies auch im sino-amerikanischen Wettbewerb selbst. Washington und Peking konkurrieren nicht nur um Marktanteile oder regionale Einflusssphären, sondern zunehmend um die technologische und politische Ordnung des „neuen Theaters“. Jeder mit dem Ziel, sie zu dominieren. Der Wettbewerb reicht von Antisatellitenwaffen und riesigen Satellitenkonstellationen im niedrigen Erdorbit bis zum Kampf um strategische Infrastruktur und Ressourcen im All.

Unterschätzt wird dabei oft auch die wirtschaftliche und diplomatische Dimension orbitaler Macht. Vor allem China nutzt den Export von Weltrauminfrastruktur gezielt als geopolitisches Instrument. Satellitensysteme für Nigeria, Bodenstationen für andere afrikanische Staaten oder Startkapazitäten für Partnerländer sind Teil einer Strategie, mit der Peking langfristige technologische, finanzielle und operationelle Abhängigkeiten schafft. Diese Beziehungen können sich später auch politisch auszahlen, etwa bei Abstimmungen in internationalen Organisationen oder bei der Festlegung globaler Standards. Der Weltraum dient damit nicht nur militärischen Zwecken, sondern zunehmend auch der ökonomischen und politischen Einflussnahme.

Weder der Europäischen Union noch der Europäischen Weltraumorganisation fehlt es an Strategien oder Grundsatzpapieren.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich Europas Lage besonders deutlich. Europa befindet sich in einem strukturellen Dilemma, das durch die Kluft zwischen strategischem Anspruch und realer Abhängigkeit geprägt ist. Weder der Europäischen Union noch der Europäischen Weltraumorganisation fehlt es an Strategien oder Grundsatzpapieren. Das eigentliche Problem liegt in der Umsetzung.

Während die USA auf das erwähnte rücksichtslose Zusammenspiel von Pentagon und Tech-Milliardären setzen und China seine Raumfahrtpolitik mit planwirtschaftlicher Konsequenz vorantreibt, kultiviert Europa seine institutionelle Zersplitterung. Die Quittung für diese Kleinstaaterei zeigt sich etwa im Fehlen eines dauerhaft verlässlichen eigenen Zugangs zum All. Die hausgemachten Krisen haben den „alten Kontinent“ zeitweise in eine peinliche Abhängigkeit von eben jenen amerikanischen Privatanbietern wie SpaceX gestürzt, deren Monopolbildung man in Sonntagsreden beklagt.

Die eigentliche Misere reicht jedoch tiefer und ist kein reines Ressourcenproblem, sondern ein Mentalitätsproblem. Europa meidet das

Risiko, reguliert das Ungeborene und schaut staunend zu, wie Innovationen anderswo den Sprung in die industrielle Masse schaffen. Der Kontinent verfügt über glänzende technologische Intelligenz, aber es fehlt ihm an der Kraft, daraus schnell robuste, markt- und vor allem sicherheitsfähige Systeme zu schmieden. Damit bleibt Europa in seiner Lieblingsrolle gefangen: der des moralisierenden Regelsetzers, ohne ausreichende Durch- und Umsetzungsmacht.

Immerhin deutet sich in den Brüsseler Amtsstuben ein spätes Erwachen an. Die Europäische Kommission hat im Juni 2025 die Grundlagen einer tatsächlichen strategischen Autonomie präzisiert. Die zentrale Erkenntnis lautet: Souveränität im Weltraum existiert nicht ohne absolute Souveränität auf der Erde. Resiliente Lieferketten, industrielle Kapazitäten, autonome Produktionsmöglichkeiten und flexible Finanzstrukturen sind die banalen Voraussetzungen dafür, dass Weltrauminfrastruktur überhaupt noch nach europäischen Sicherheitsstandards entwickelt werden kann.

In diesem Zusammenhang hat die Kommission eine Anzahl kritischer Weltraumtechnologien identifiziert, die drastischen geopolitischen Risiken und Lieferkettenabhängigkeiten unterliegen. Dazu zählen unter anderem Mikroelektronik, Halbleiterarchitekturen und Spezialmaterialien, die heute vielfach aus den USA oder Asien importiert werden. Die Debatte macht deutlich: Technologische Abhängigkeit im Weltraum ist keine theoretische Ökonomiefrage, sondern eine nackte Frage europäischer Sicherheit.

Technologische Abhängigkeit im Weltraum ist keine theoretische Ökonomiefrage, sondern eine nackte Frage europäischer Sicherheit.

Die Frage wirtschaftlicher Souveränität geht dabei weit über das Sichern einzelner Mikrochips hinaus. Entscheidend ist die Kontrolle über die Plattformen, die Datenströme und die Architekturen globaler Wertschöpfung. Wer diese unsichtbaren Netze im Orbit kontrolliert, beeinflusst nicht nur technische Systeme, sondern kontrolliert die zukünftigen Marktzugänge und die Konditionen künftiger wirtschaftlicher Abhängigkeiten.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen zudem, dass die Kontrolle über solche Systeme allein nicht ausreicht. Ebenso wichtig ist die Fähigkeit, sie resilient und sicher zu betreiben. Strategische Autonomie bedeutet deshalb nicht nur Zugang zu Technologien, sondern auch die Fähigkeit, deren Funktionsfähigkeit im Krisen- oder Konfliktfall aufrechtzuerhalten.

Der Wettbewerb im Weltraum ist eben nicht nur technologisch und militärisch, sondern zutiefst normativ. Die USA exportieren ein Modell privatwirtschaftlich dominierter Infrastrukturen; China setzt auf staatlich kontrollierte digitale Panoptiken. Europa gelingt es hingegen bislang kaum, seine eigenen Prinzipien, wie Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und institutionelle Verlässlichkeit, in ein überzeugendes globales Angebot zu übersetzen. Daraus erwächst ein Glaubwürdigkeitsproblem, da ein Akteur, der unentwegt moralisierend „strategische Autonomie“ einfordert, sie aber operativ nicht einlösen kann, auf der geopolitischen Bühne nicht respektiert, sondern bemitleidet wird.

Für ein geopolitisch handlungsfähiges Europa kann die Antwort freilich nicht darin liegen, sich gegenüber Dritten abzuschotten. Strategische Autonomie ist keine Absage an die transatlantische Partnerschaft. Sie ist deren notwendige materielle Ergänzung. Ein Partner, der bei Aufklärung, Kommunikation oder beim Schutz der eigenen Lebensadern dauerhaft als Bettler vor den Toren Washingtons oder privater Tech-Giganten steht, kann nicht auf Augenhöhe agieren. Er ist kein Verbündeter, sondern ein nützlicher Vasall.

Der Lackmustest für Europas verbliebene Glaubwürdigkeit wird daher nicht das nächste Strategiepapier sein, sondern die Fähigkeit, die eigene institutionelle Zersplitterung zu überwinden. Strategische Autonomie entsteht nicht auf dem Papier. Sie zeigt sich in der Fähigkeit, kritische Systeme eigenständig zu entwickeln, zu finanzieren, zu produzieren und im Konfliktfall zu verteidigen. Daran wird Europas Handlungsfähigkeit künftig gemessen werden.



K.-P. Ludwig
Potsdam

K.-P. Ludwig ist *Managing Partner* der Strategieberatung *Craftwerk Consult* in Potsdam. Er ist Systemingenieur für Raumfahrtsysteme und arbeitete unter anderem bei Airbus, Bundesforschungsministerium und in Führungspositionen bei der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten.